

# Sächsische Volkszeitung

Erste Ausgabe täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Preis: 1 M. 50 Pf. (ohne Postgebühren).  
Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neudammstr. 11-12.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6. Spalte ab. deren Raum mit 15 P.  
Reklamen mit 50 P. die Zeile berechnet. 6. Spalte ab. deren Raum  
Anzeigen, Werbung und Geschäftsstellen: Dresden,  
Wilsdruffer Straße 43. — Preisprospekt Nr. 1299.

## r. Die Weiterentwicklung der Krisis.

Von offiziöser Seite wird alles abgeleugnet; es soll gar keine Krisis bestehen, sondern in allen Teilen der Regierung volles Einvernehmen herrschen. Niemand soll gegen den Fürsten Bülow arbeiten und weder General v. Moltke noch einem politischen Staatsamte streben, noch sonst eine Ministerarbeit betreiben werden. Es liest sich alles hübsch und schön; aber man hat schon wiederholt den Eindruck gewonnen, daß auf solche „Generalreden“ nicht viel zu geben ist. Doch nehmen wir an, die offiziellen Reden hätten recht, so ist es uns nur willkommen. Wir haben schon wiederholt betont, daß eine „Generalrede“ im jetzigen Zeitpunkt uns höchst befehlend erscheint. Wir sind nicht in allen Teilen mit der Bülowischen Politik einverstanden; aber sie ist besser als die seines Vorgängers und was sein Nachfolger bieten dürfte, wissen wir nicht; ein politischer Wechsel auf eine unsichere Zukunft hat nicht viel Wert. Wenn also Bülow bleibt und auch den ganzen Winter hierdurch aushält, so ist es für die ruhige Weiterführung der Reichsgeschäfte nur angenehm; freilich muß er in manchen Gebieten mit den schönen Worten Taten folgen lassen.

So einfach geht die Sache doch nicht, wie manche offiziöse Reden in liberalen Mänteln sich diese denken. Da liest man bereits, den Stangler fest die allgemeine Zustimmung nicht an. Er werde sich bei einem befreundeten Parlamentarier eine Interpellation bestellen; dann werde er an einem Tage der nächsten Woche eine schöne und glanzvolle Rede halten und dann würden alle Völker verärgert sein und Freude in Trojas Hallen herrschen. Hierzu bemerkt ein liberales Blatt: „Wir fürchten, wenn der Stangler wirklich so kassuliert, wird er eine schwere Enttäuschung erleben. Zur Zeit schwebende Reden und feuilletonistische Klatschen ist man zur Zeit nicht eben empfänglich. Man will endlich Taten sehen. Die erste Tat aber, die durch Herrn v. Bobbielski schwer gefährdet Autorität im eigenen Hause wieder herstellt.“

Sie tritt also erstmals eine ganz bestimmte liberale Forderung hervor: Entlassung des Landwirtschaftsministers. Soll mit diesen Preis der Ariebe wieder hergestellt werden? Der Sturm im liberalen Entschluß hätte sich dann bald gelöst.

Wir sehen die Situation doch etwas anders an; die erste politische Frage dieser Tage ist die Sicherstellung der Immunität der Abgeordneten, die im letzten Sommer verletzt worden ist. Darin liegt eine Lebensfrage für den gesamten Reichstag, der auf einer Klarstellung beharren muß. Da hilft gar keine schöne Rede, da hilft kein Vitak, sondern eine Tat. Diese Materie ist seit der Schaffung der Reichsverfassung nicht mehr ausreichend bearbeitet worden; bis zur Erledigung der neuen Strafprozeßordnung hiermit zu warten geht nicht an; es muß sofort zugegriffen werden. Die Lösung kann aber nur darin bestehen, daß der Abgeordnete in Zukunft vor jeder Verantwortung außerhalb des Parlamentes geschützt ist, daß er auch nicht als Zeuge vernommen werden darf, um über die Herkunft seines Materiales sich zu verbreiten. Das preussische Staatsministerium hat 1886 diesen Antrag der Immunität bestritten; der Reichstag ließ die Frage ungeklärt liegen; damals handelte es sich auch nicht um so schwere Verhältnisse, wie sie jetzt zur Erörterung stehen. Wenn die Immunität nicht in dem von uns schon wiederholt gewünschten Umfang festgestellt wird, so verdirbt der Reichstag einfach auf das ihm zugedruckene Recht und die ihm auferlegte Pflicht der Kontrolle der Regierung; den verantwortlichen Staatsmännern mag ja so etwas willkommen sein, die Allgemeinheit aber leidet not. Hier muß nun der Reichskanzler zuerst einsehen, hier wird es sich zeigen, wie man die Rechte des Parlamentes in den Regierungsgeschäften achtet. Der ganze Reichstag dürfte in dieser Frage geschlossen dastehen. Eine Fraktion, die hier ablenkt, vertritt sich das Recht, als eine vollgültige und vollzählige Partei betrachtet zu werden. Man darf besonders erwarten, daß die Nationalliberalen nach ihren scharfen Reden ein heiliges Nägeln haben werden und nicht mehr Gummimännchen wie früher sind.

Was die Entlassung des Landwirtschaftsministers betrifft, so vollzieht sich hier ein eigenartiges Spiel; im Prinzip war diese Verabreichung lange beschlossen, bevor sie publiziert wurde (siehe Telegr.). Man sieht nun in gewissen Kreisen diese Verabreichung auf den Gesundheitszustand des Ministers zurückzuführen, indem man jeden Tag neue Nachrichten über die Erkrankung liest. Was hieran wahr ist, wissen wir nicht, aber es steht doch fest, daß Bobbielski lediglich über die Timpelstich-Affäre gefolpert ist, wenn auch seine Leibblätter sich die Finger darüber wund schreiben; er hat doch aus diesem Anlaß um seine Entlassung gebeten; ein anderes Abblödsgeheuch lag an höchster Stelle nicht vor. Da dieses genehmigt ist, so anerkennt man auch die Gründe, die Bobbielski hieran getrieben haben. Wenn es aber einigen Leuten Freude bereitet, den Minister wegen Krankheit abgeben zu sehen, sind wir nicht so barbarisch, ihnen diese Freude zuzulassen zu wollen.

Den Namen seines Nachfolgers hat man seither nicht gehört; man sagte nur, daß Freih. v. Schorlemer nicht für den Posten in Betracht komme. Jetzt scheint Bülow seinen Frankfurter Leibkorrespondenten den Namen des neuen Mannes anvertraut zu haben, es ist Otto von Mantuffel, der Sohn des bekannten Ministerpräsidenten. Mantuffel strebt schon lange nach einem Ministerposten. Die Stelle des Landesdirektors, die er einnimmt, sagte ihm nicht zu, er

will höher hinauf und rechnete schon damit, daß er nach Hammersteins Tod Minister des Innern werden würde. Damals hingen die Trauben noch zu hoch; jetzt scheinen sie erreichbar zu sein. Mantuffel ist ein Hochkonservativer, der aus seiner Abneigung gegen das bestehende Reichstagswahlrecht nie ein Gebl machte, der als Vizepräsident des Herrenhauses und Vorsitzender der konservativen Fraktion desselben stets in Scharfmacherei gearbeitet hat. Wenn er nun in die Regierung übertritt, sind die Konservativen sofort verärgert ob Bobbielskis Abgang; an dem Aufkommen Mantuffels liegt ihnen mehr, er ist ihr Mann. Von konfessionellem Standpunkte aus könnten die Katholiken mit dieser Berufung zufrieden sein; Mantuffel gehört der verächtlichen Richtung der Konservativen an und hat seinerzeit die scharfe Antwort an den Evangelischen Bund verfaßt und unterzeichnet; auch sonst gab er schon Beweise seiner toleranten Gesinnung; aber vom politischen Gesichtspunkte aus können wir mit inierem Bedenken nicht zurückfallen. Gewiß wird er im Landwirtschaftsministerium selbst hiermit nicht viel Schaden können, aber er ist auch Mitglied des Staatsministeriums und kann hier seinen Einfluß geltend machen. Wir wollen aber abwarten, bis die Ernennung vollzogen worden ist; eine Änderung des Systems tritt nicht ein, wie wir stets betonten; derselbe Schaden wird weitergesponnen und namentlich darf die preussische Landwirtschaft versichert sein, daß auch der neue Landwirtschaftsminister ihre Interessen mit Entschiedenheit wahrnehmen wird.

Was sich sonst noch aus der Krisis entwickeln wird, werden diese Tage entscheiden; es sei nur verübert, daß der See nicht so glatt ist, wie ihn die Effizienten zu schildern suchen, sondern daß heftige Wellenschläge ganz unausbleiblich sind, die manchen Schiffer mit Nalm verblühen lassen. Gewiß wäre es im Interesse der Allgemeinheit das Beste, die erforderlichen Steuererhöhungen gingen ohne großen Stampf ab, aber wenn es „Steber“ gibt, muß man diese etwas unglanzer anlassen.

## Politische Rundschau.

Dresden, den 2. November 1906.

— Aus Anlaß der Geburt des Erbprinzen von Sachsen hat der Großherzog von Hessen einen Gnadenerschreiben vollzogen, nach dem den wegen Reichstagsablenkung oder Verleumdung von Behörden, Beamten, eines Religionsdieners oder eines Mitgliedes der bewaffneten Macht in Ausübung ihres Berufes, sowie den wegen Fort- oder Feldverwehrens Straftaten Gefängnis-, Zuchthaus- oder Geldstrafen erlassen werden.

Anlaßlich der Geburt des heilighen Thronfolgers sandte der Kaiser nach einer Mitteilung des „Tagl. Anz.“ folgendes Telegramm an den Großherzog: „Hurra! Jung! Glückwunsch! Gott segne Kind und Mutter. Der groß. Boog, der kleine Boog. Es lebe der kleine Großherzog! Ich bin natürlich Vater. Wilhelm.“ — Die Freude über die Geburt eines Thronfolgers ist im ganzen Großherzogtum groß. Ist es doch der erste Fall seit mehr als 100 Jahren, daß dem regierenden Landesherren ein Sohn geboren wurde. Eins der ersten Glückwunschtelegramme, die im Neuen Palais hier eintrafen, kam vom Kaiser Wilhelm, weitere vom russischen Kaiserpaar, vom Kaiser Franz Joseph, König Edward, den Königen von Dänemark und Norwegen, dem Prinzen Heinrich von Preußen, sowie von sämtlichen deutschen Bundesfürsten folgten. Dem letzten Bulletin zufolge befinden die Großherzogin und der Prinz sich wohl.

Mit dem Postdampfer „Prinzessin“ sind am Sonntag 12 Offiziere und 300 Unteroffiziere und Mannschaften aus Südafrika in Gutzleben eingetroffen.

— **Erfolge des Zentrums.** Der Reichstag wird im Laufe der neuen Session eine ganze Reihe außerordentlicher Denkschriften erhalten, die allesamt auf die Wünsche des Zentrums zurückzuführen sind. Dazu gehört in erster Linie eine Denkschrift über das Kartellwesen. Sie stellt den letzten Teil der versprochenen Verhandlungen im Reichsamt des Innern dar und dürfte selbst noch in verschiedener Abschnitte zerlegt und dem Reichstage auch nicht auf einmal zugestellt werden. Bereits sind zwei diese Punkte eingelaufen; ob sie aber alle durchstudiert werden, steht auf einem anderen Blatte. Das Reichsjustizamt arbeitet an einer Zusammenfassung über das außergerichtliche Vergleichsverfahren im Konkurs. Des weiteren dürfte wohl von diesem Amte eine Darstellung über die Zuchtanstalten und Gefängnisarbeit und die Vorbedingungen ihrer etwaigen Regelung erwartet werden können. Auch hierüber sind eingehende Erhebungen veranstaltet worden. Ob das Reichsamt des Innern in Ausführung einer früher abgelegten Absicht dem Reichstage im Winter von 1906/07 auch die Denkschrift über die Verhältnisse der Privatbeamten wird vorlegen können, hängt davon ab, ob der Abschluß der betreffenden, schon längere Zeit dauernden Arbeiten sich bald wird durchsetzen lassen. Bekanntlich sind diese Arbeiten eingeleitet, um die Unterlage für eine maßgebende Veneuerung der Frage zu gewinnen, ob eine staatliche Versicherung der Privatangehörigen ähnlich derjenigen der Arbeiter zweckmäßig oder gar notwendig ist. Es handelt sich also bei dieser Denkschrift um eine Vorarbeit, für eine etwaige Erweiterung des staatlichen Versicherungszwanges. Alle diese Denkschriften sind auf Nr. 21 e und Anregungen der Zentrumsfraktion zurückzuführen; die Berichte geben wohl genügend Material, um nun zu Gesetzesvorlagen zu kommen.

Zu dem am 10. d. M. abends stattgefundenen Essen beim Reichskanzler Bülow war auch der Kaiser erschienen.

Erzbischof Stabilewski empfing eine große polnische Abordnung der ganzen Provinz, die ihm für seinen Standpunkt in dem Schultze dankte. Der Sprecher war der Deputierte Rittergutsbesitzer Dr. v. Janowski. Der Erzbischof dankte für die Huldigung und sprach die Hoffnung aus, daß Gott der gerächten Seele den Sieg verleihen möge.

Die heilsiche Landesynode nahm nach zweistündiger Debatte über die Disziplinarentscheidung des Oberkonsistoriums im Falle Stord mit 44 gegen 6 Stimmen eine Resolution an, in der zwar die Möglichkeit einer verschiedenen Beurteilung des genannten Falles aus freien rechtlichen Gründen betont, aber die unabweislich kundgegebene Ansicht des Oberkonsistoriums durchaus gebilligt wird, daß irgend welche politische Förderung oder Begünstigung der heutigen Sozialdemokratie mit der Amtspflicht eines evangelischen Geistlichen unvereinbar sei.

Der „Nöln. Volksztg.“ zufolge tritt der Abgeordnete für Schlettstadt, Vonderheer, sofort nach Beginn des Reichstages der Zentrumsfraktion bei. Damit vollzieht der erste Abgeordnete aus den Reichsländern formell seinen Anschluß an das Zentrum.

**Konservative und Kolonialpolitik.** Auf dem schlesischen Delegiertenkongress der konservativen Partei sprach sich der konservative Führer v. d. Deyndeband folgendermaßen aus: „Man wird ja darüber velleicht verächtlich denken können, aber unsere Kolonien sind die einzige Stütze, die wir erkränkt, aber die uns Herr Dr. Arent, der die Verhältnisse aus eigener, wenn auch kurzer Anschauung kennt, uns verheißt, aber daß es viele Vorteile geben sollte, die so nahe wären, unsere Kolonien wie der neue Herr Kolonialdirektor neulich in Halle meinte, als Spielzeug anzusehen, das möchte ich doch kühllich bezweifeln, dazu werden wir doch alljährlich im Etat dröhllich genug daran erinnert, daß diese Kolonien kein Spielzeug sind, und dazu haben doch schon zu viel Söhne unseres Vaterlandes in treuer Pflichterfüllung dort ihr Leben lassen müssen und sich den Dank des Vaterlandes auch über ihr Grab hinaus erworben. (Weißl.) Wein, m. S., daß wir Kolonien und kein Spielzeug haben, wissen wir genau und wir wissen auch, daß wir diese Kolonien ohne Schädigung der Würde unseres Vaterlandes nicht preisgeben können. Wir müssen daher auch alle Konsequenzen tragen, die mit diesem Kolonialbesitz zusammenhängen und wir müssen auch die Pflichten, die in Kauf nehmen, die hier und da hervortreten und die ebensoviele anderen Ländern mit Kolonialbesitz erpart bleiben. Nur will mir scheinen, als ob wir in der Behandlung dieser Verhältnisse nicht besonders geschickt wären. Es unterliegt ja für uns alle gewiß keinem Zweifel, daß da, wo solche Verhältnisse hervortreten, wo die traditionelle Solidität der Fundamente unserer Verwaltung von irgend einer Seite ins Wanken zu kommen droht, mit eifrigem Fleiß geleitet werden muß, ohne jedes Ansehen der Person nach oben oder unten, und ich bin auch der Meinung, daß im Reichstage ein ernstes und offenes Wort hierüber am Platze ist; aber das gesellschaftliche Vortreten jeder Einzelheit Monate lang durch die Presse, diese oft gehässige Anweisung der bedauerlichen Vorkommnisse gegenüber der Reichsregierung, nützt nichts, aber schadet viel, und in dieser Beziehung könnten wir vom Auslande manches lernen.“ Diese ersten Worte des konservativen Führers klingen doch ganz anders als die Versicherungen der konservativen Presse; wenn v. d. Deyndeband meint, die Presse hat zu viel getan, so sind wir nicht dieser Ansicht, die Presse hat vielmehr nur ihre Pflicht erfüllt. Die Kolonialabteilung wollte nicht reinigen, Prinz Doyndeband sah, ja in den schlimmsten Zeiten fidel auf keinem Schiffe und ließ in Berlin alles drunter und drüber gehen. Da mußte, weil der Reichstag nicht versammelt war, die Presse scharf vorgehen. Jetzt kann wieder der Reichstag reden!

Die Ursache der nationalliberalen Opposition nennt uns die nationalliberale „All. Westf. Ztg.“; sie sagt hierbei allerdings ihren eigenen Kreunden sehr bittere Wahrheiten. Dem genannte Blatt wirft mit Recht die Frage auf, warum man jetzt auf einmal der nationalliberalen Sturm losgebrosen sei. Sei früher vom persönlichen Regiment, das man jetzt auf einmal entdeckt habe, nichts zu merken gewesen? Die „Begünstigung des Merkantilismus“ habe man doch bisher schweigend hingenommen. Die auswärtige Politik sei „landwärtig geführt“ worden und die nationalliberalen Abgeordneten hätten ihre „volles Vertrauen“ dazu ausgesprochen. Erst als der Regierung mehr und mehr die Fingel entglitten seien und die „Reichsregenten aus dem ultramontanen Lager“ sie an sich gerissen hätten, da erst, als das Parteinteresse in Frage gekommen sei, sei man allmählich zur Opposition erwacht. Das Blatt fährt dann fort: „So muß man mit Bedauern feststellen, daß erst in dem Augenblick, wo die Partei in Frage kommt, der Mut zur Opposition erwacht, der längst eine vaterländische Pflicht gewesen wäre. Jetzt aber sprechen dieselben Männer von Byzantinismus und absolutistischen Regiment, die durch ihr „lovelles Schwelgen“ es nur ermöglicht haben. Prinzipien obsta. Wäre Wilhelm II. bei seinen ersten Taten nach der Entlassung Bismarcks auf einen solchen Widerstand gestoßen, er würde sich sicher in ganz anderer Richtung entwickelt haben. Wenn wir es auch mit Gemüthung vergehen, wenn heute die ganze nationalliberale Presse für eine nationale Opposition